



Ausstellung

„Sie meinen es politisch!“ 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich

8. März 2019 – 25. August 2019, Volkskundemuseum Wien

Eröffnung: 7. März 2019, 19 Uhr

Mit der Gründung der Republik im November 1918 wurde ein Meilenstein für die Gleichberechtigung von Frau und Mann beschlossen: das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts. 100 Jahre, nachdem Frauen ins Parlament einzogen, bündelt diese Ausstellung das breit gestreute Wissen zur Geschichte des Frauenwahlrechts. In einem großen zeitlichen Bogen vom Ringen um politische Partizipation von Frauen seit 1848 bis in die jüngste Vergangenheit wird nachvollzogen, wie sehr die Einführung des Frauenwahlrechts in alle Lebensbereiche hineinwirkt.

Das Wahllokal, die Straße, der autonome Frauenraum, das sozialdemokratische Vereinslokal, Haus und Arbeitsplatz sowie das Parlament werden als Orte vorgestellt, an denen der Kampf um politische Partizipation tatsächlich stattfand oder die das Frauenwahlrecht veränderte. So werden Orte, auch solche des Alltags, als politische Räume erfahrbar. Die Ausstellungsobjekte aus unterschiedlichen Jahrzehnten erzählen Geschichten zu übergeordneten Fragen: Wie sind Frauen in der Politik repräsentiert? Wie verändert sich der Ort Parlament durch den Eintritt von Frauen als Politikerinnen? Wie ist die Situation von Bürgermeisterinnen in Österreich? Welche Themen griffen Politikerinnen auf und wie beeinflussen ihre gesetzlichen Initiativen das tägliche Leben vieler Frauen?

Frauenbewegungsaktivistinnen werden als politische Akteurinnen vorgestellt. Die Frauenwahlrechtsbewegung in Österreich war Teil einer transnationalen Bewegung. Viele Akteurinnen agierten international oder hatten durch ihre Tätigkeiten im Ausland Einfluss auf die Frauenbewegungen in Österreich. Andere relevante Akteurinnen – wie etwa viele Gemeinderätinnen – engagierten sich ausschließlich auf nationaler oder regionaler bzw. kommunaler Ebene.

Durch die Ausstellung wird der männlich dominierte Kanon der österreichischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts um die Geschichte der anderen Hälfte der Bevölkerung ergänzt und gleichzeitig auf die Zähigkeit frauenexkludierender Strukturen hingewiesen.

Die rechtlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften für Frauen wurden in den letzten 100 Jahren immer wieder – im extremsten Fall während der austrofaschistischen und nationalsozialistischen Regime zwischen 1933 und 1945 - zurückgenommen und ausgehöhlt. Auch das Wahlrecht war durch Ausschlüsse gekennzeichnet, etwa durch das Kriterium der Sittlichkeit, welches Prostituierten die Teilnahme an der ersten Wahl 1919 verbot. Das Wahlverhalten von Frauen wurde mit Argusaugen beobachtet und mittels verschiedenfarbiger Kuverts für Männer und Frauen statistisch ausgewertet.

Die Ausstellung erinnert daher nicht nur an historische Errungenschaften, sondern regt zur Reflexion aktueller frauenpolitischer Positionen an. In einer demokratischen Gesellschaft bedarf es einer aktiven Partizipation in politischen Prozessen – auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts.

Weiterführende Informationen: www.frauenwahlrecht.at

Texte für Objektbeschreibungen – Download Pressefotos:

Bild: 01 carolinenbarrikade.jpg

Bildunterschrift:

„... es wäre falsch, das Stimmrecht allgemein zu nennen“ Collage von Peter Karlhuber unter Verwendung des Aquarells *Die Carolinen-Barrikade* von Johann Christian Schoeller und einer Wiener Flugschrift aus dem Jahr 1848. Wien Museum, Johanna Dohnal-Archiv.

Objekttext:

Die Flugschrift *Gleichstellung aller Rechte der Männer mit den Frauen; oder: Die Frauen als Wähler, Deputirte und Volksvertreter* aus 1848 ist das älteste Dokument zum Frauenstimmrecht in Österreich.

Anonyme „Bittstellerinnen“ übten in dieser an „seine Majestät“ adressierten Flugschrift deutliche Kritik daran, das Stimmrecht „allgemein“ zu nennen, wenn Frauen davon ausgeschlossen blieben. Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde hervorgehoben, dass Frauen, die über Eigentum verfügten, im Gegensatz zu Männern über ihre politische Vertretung nicht mitentscheiden könnten. Die „Bittstellerinnen“ wehrten sich auch vehement gegen das Argument, Frauen seien aufgrund ihrer mangelnden Bildung vom Wahlrecht auszuschließen.

Bild: 06 stillende athene.jpg

Bildunterschrift: **„... und trotzdem politisch tätig zu sein“** Dieter Zehentmayr, Karikatur „Umgestaltung“

Objekttext:

Die grüne Nationalratsabgeordnete Christine Heindl verursachte am 5. November 1990 einen kleinen Skandal, als sie ihren neugeborenen Sohn zur Angelobung mitnahm und das Baby sogar stillte, als es hungrig wurde. Drei Tage später erschien in der Tageszeitung *Kurier* diese Karikatur: eine stillende Pallas Athene vor dem österreichischen Parlament in Wien mit dem Untertitel „Umgestaltung“.

Die Karikatur macht deutlich, dass mit dem Eintritt von Frauen in die institutionalisierte Politik auch mit deren Räumen etwas ‚passierte‘. Es war ein bereits gängiges sexistisches Stereotyp im Anti-Frauenwahlrechtsdiskurs zu Beginn des 20. Jahrhunderts, dass die politischen Räume, wenn von Frauen genutzt, Tee- und Klatschstuben gleichen würden. Diese Räume würden durch die Anwesenheit von Frauen sozusagen entpolitisiert.

Bild: 20_WWZ_W2_Frauenstimmrechtskonferenz_CafePrückel.jpg

Bildunterschrift: „... **beim Frühstück im Café Prückel**“ Teilnehmerinnen der Internationalen Frauenstimmrechtskonferenz in Wien beim Frühstück im Café Prückel, Juni 1913. in: Österreichs Illustrierte Zeitung, 22. Juni 1913, 933.

Objekttext:

Bei dieser nur als Abdruck in einer Zeitung erhaltenen Fotografie handelt es sich um eine der wenigen Abbildungen zur bürgerlich-liberalen Frauenstimmrechtsbewegung in Österreich. Das Bild dokumentiert zugleich die Vernetzung der österreichischen Frauenstimmrechtsaktivistinnen mit Aktivistinnen aus anderen Ländern. Es erschien anlässlich der Internationalen Frauenstimmrechtskonferenz in Wien, die 1913 als Vorkonferenz zum siebten internationalen Kongress der *International Woman Suffrage Alliance* in Budapest stattfand. Diese Organisation vertrat die Forderung nach einem Wahlrecht für Frauen, das dem der Männer entsprechen sollte. Einzelnen Mitgliedern ging diese Formel allerdings nicht weit genug, und sie setzten sich zugleich für die Aufhebung der Klassenschranke beim Wahlrecht ein.